

Wilsdruffer Tageblatt

Sernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Abdruck nach dem Willen der Schriftleitung des Wilsdruffer Tageblattes. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Angaben über den Inhalt der Artikel übernehme ich allein. Der Verleger ist nicht verpflichtet, die Richtigkeit der Angaben zu prüfen. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Angaben über den Inhalt der Artikel übernehme ich allein. Der Verleger ist nicht verpflichtet, die Richtigkeit der Angaben zu prüfen.



Inhalt des 1. Bl. Nr. 6: Die 6. Ausgabe des Wilsdruffer Tageblattes. Die 2. Ausgabe des Wilsdruffer Tageblattes. Die 3. Ausgabe des Wilsdruffer Tageblattes. Die 4. Ausgabe des Wilsdruffer Tageblattes. Die 5. Ausgabe des Wilsdruffer Tageblattes. Die 6. Ausgabe des Wilsdruffer Tageblattes.

Erscheint seit dem Jahre 1844

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 215.

Mittwoch den 14. September 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Brotmarkenausgabe. Für die Zeit vom 26. September bis 18. Dezember 1921 sind die Brotmarken für die versorgungsberechtigte Zivilbevölkerung von den Gemeindebehörden nach den bisherigen Vorschriften auszugeben. Die Brotmarken nebst weiteren Unterlagen werden den Gemeindebehörden durch die Druckerei Klinitz & Sohn in Meißen zugehen, soweit sie nicht dort abgeholt werden.

Meißen, am 12. September 1921 Kommunalverband Meißen Stadt und Land.

Bekanntmachung, betreffend die unmittelbare Ablieferung beim Steuerabzug.

Die Arbeitgeber (einschließlich der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden), denen gebietet ist, statt der Verwendung von Steuermarken die einbehaltenen Lohn-(Gehalts-)abzüge bar oder durch Ueberweisung bei der zuständigen Behörde (Gemeindebehörde oder Finanzkasse) unmittelbar einzuzahlen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die bei den einzelnen Lohn-(Gehalts-)zahlungen einbehaltenen Beträge in kürzester

Zeit, spätestens aber bis zum 10. des auf die Lohn-(Gehalts-)zahlung folgenden Monats — wenn vierteljährliche Abführung genehmigt ist, bis zum 10. des auf das Vierteljahr folgenden Monats — bei der zuständigen Kasse einzuzahlen sind.

Nach § 104 der Reichsabgabenordnung sind Zahlungen, die nicht rechtzeitig eingehen, vom Tage der Fälligkeit ab mit 5 v. H. zu verzinsen. Roffen, am 10. September 1921. Nr. 1417 A 1. Das Finanzamt.

Grumbach.

Mittwoch den 14. September nachmittags von 4—6 Uhr bei Herrn Vöfel Birnenverkauf, Marie Luise und Postes Flaschenbirne, Pfund 75 Pfg.

Donnerstag den 15. September nachmittags von 4—6 Uhr Ausgabe der neuen Kohlenkarten im Gemeindeamt.

Grumbach, am 12. September 1921. Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der Reichswirtschaftsrat spricht in einem Gutachten eine Warnung aus vor drohender Übersteuerung und vor der anwachsenden Unübersichtlichkeit in der Besteuerung.

Ämtlich werden die Gerichte von einer Erschütterung der Stellung des Reichsjustizministers Schäfer infolge der Wirkung der Ausnahmeverordnungen als un begründet erklärt.

Die Landtagswahlen in Thüringen ergaben Verluste der extremen Parteien rechts und links und eine Stärkung der deutschen Volkspartei und der Mehrheitssozialisten.

Schädlinge im Lande.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Alle paar Wochen haben wir im Reiche einen neuen Rekord des umlaufenden Papiergeldes. Der Reichsbankausweis vom 31. August zeigt bekanntlich einen Banknotenumlauf von über 80 Milliarden Mark. Dazu kommen noch etwa 7,8 Milliarden Mark Darlehnsscheine. Da aber auch die Reichsschaffensscheine eigentlich ungedecktes Papiergeld sind, muß die Gesamtsumme des umlaufenden deutschen Papiergeldes mit rund 90 Milliarden Mark angenommen werden. Das bedeutet eine Steigerung um mehr als 2 1/2 Milliarden in einer Woche. Genau so hoch wie die Steigerung des Geldumlaufes in der letzten Augustwoche war, belief sich der gesamte Banknotenumlauf vor dem Kriege.

Der gesamte Geldumlauf einschließlich Metallgeld betrug vor dem Kriege etwa fünf Milliarden Mark. Umgerechnet bedeutet das eine Steigerung des Lebensunterhaltes um das zehnfache und zwanzigfache, die ja auch in vielen Fällen erreicht sein dürfte, selbst wenn man eine Milderung durch den Umstand annimmt, daß ein großer Teil deutscher Geldscheine ins Ausland gewandert ist. Vermehrung des Geldumlaufes und Steigerung der Preise stehen in enger Wechselwirkung zueinander.

Nun steigen die Preise für ausländische Zahlungsmittel nach Deutschland, so, Devisen, unheimlich. Im Juli blieben die Devisenkurse ziemlich unverändert; in diesem Monat gelang es der Reichsregierung nämlich, durch Vermittlung holländischer Banken namhafte Käufe in Anspruch zu nehmen. Im August vor dem Fälligkeitstermin der ersten Goldmilliarde setzten wieder umfangreiche Devisenkäufe des Reiches ein. Die dadurch verursachte Kurssteigerung der Devisen hat bis jetzt angehalten. Bekanntlich hat sich das Reich schließlich doch genötigt gesehen, einen Restbetrag von etwa 68 Millionen Goldmark in gemünztem ausländischen Golde zur Auffüllung der ersten Schuldrate den Edelmetallbeständen der Reichsbank zu entnehmen. Welches waren nun die Kräfte, welche dem Reiche die Devisen verteuerten und dadurch die Zahlung der Reparations-schuld erschweren?

Deutsche, die in den letzten Monaten Reisen im Ausland gemacht haben, bestätigen immer wieder, in welchem Umfange selbst der kleine Mann im Ausland mit deutschen Geldscheinen und deutschen Werten spekuliert. Viele Milliarden deutschen Papiergeldes befinden sich in ausländischem Besitz. Natürlich erwarten die ausländischen Besitzer ein Steigen des Marktkurses, um die deutschen Geldzettel dann mit Gewinn verkaufen zu können. Die fortschreitende Entwertung der deutschen Mark bringt die Gefahr mit sich, daß all die kleinen Markspekulanten jenseits unserer Grenzen aus Angst, noch mehr Geld zu verlieren, die deutschen Noten plötzlich um jeden Preis loszuschaufen suchen. Jetzt das ein, so müssen wir eine Entwertung unseres Geldes noch unter dem Stand von Ende Januar 1920 befürchten. Am 27. Januar 1920 stieg nämlich der Kurs des holländischen Gulden an der Berliner Börse auf M. 40. Aber auch das Ausland beteiligt sich je länger je mehr an der Devisenspekulation. Die berufsmäßigen Börsenspekulanten sind natürlich längst hinterher gekommen, daß der Tiefenbedarf des Reiches an Devisen zu einer anhaltenden starken Nachfrage und damit zu einer fortschreitenden Verteuerung der Devisen führen muß. Die Teile des Publikums, die in den

Mitteln, Geld zu verdienen, immer strapelloser werden, haben sich der berufsmäßigen Spekulation an die Hochkühe gehängt. Ein großer Teil des deutschen Volkes spekuliert heute gegen das Geld des Deutschen Reiches. Man weiß ganz genau, daß spätestens nach einigen Monaten das Reich wieder große Vollen von Devisen wird kaufen müssen. Für diesen Augenblick will die Spekulation gerüstet sein und lauft daher auf den Börsen an Devisen zusammen, was sie kraendwie erreichen kann. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß dies Vandalen gelingt. Künftige Verzinsungen werden dann dem Reiche noch sehr viel teurer zu stehen kommen als die Bezahlung der ersten Billionen. Bei der Aufbringung der nächsten, spätestens aber bei der übernächsten großen Parsumme wird sich das Deutsche Reich zu Tode zahlen, wenn nicht inzwischen das in der Reparationskommission vertretene Gläubiger-Konfinkom zur Einsicht gelangt und eine Revision des Londoner Ultimatum vom 5. Mai vornimmt.

Regierungswechsel in Bayern

Herrn v. Kahr's Rücktritt.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung und dem bayerischen Kabinett haben zum Rücktritt des bisher leitenden Mannes, des bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr, geführt. Mit ihm hat Justizminister Roth, der am weitesten rechts stehende Mann des Ministeriums, sein Rücktrittsangebot eingebracht.

In der entscheidenden Sitzung des Landtagsausschusses hatte man sich mit Stimmenmehrheit auf die vorliegenden Vor schläge geeinigt. Den Voranschlag der bayerischen Regierung lehnte der Ausschuss gegen die Stimmen der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationalen) und eines Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) ab. Daraus erklärt Ministerpräsident v. Kahr und Justizminister Roth ihren Rücktritt. Kultusminister Platt wurde vorläufig mit der Führung der Geschäfte des Ministerpräsidenten betraut.

Wahrscheinlich werden die übrigen Minister, außer den Herren von Kahr und Roth, im Amt bleiben. Als Nachfolger Kahrs nennt man vorläufig, wenn auch noch ohne bestimmten Anhalt, den früheren Minister Knilling und den Abg. Held. Entscheidend wirkte im Ausschuss die Erklärung des Abg. Speck (Bayerische Volkspartei), der ausführte: Es gibt keinen anderen Ausweg, als auf den Boden des Abkommens mit dem Reich zu treten und alles zu unterlassen, was im Widerspruch und bei der Reichsregierung den Eindruck erwecken könnte, daß wir auf Umwegen etwas erreichen wollen. Wir müssen uns auf den Boden der Reichsverfassung stellen, wenn wir uns nicht dem Vorwurf des Verfassungsverstoßes aussetzen wollen.

Mitteilung nach Berlin.

Der Landtagsbeschluss mit dem Ausgleichsvorschlag ist sofort von München an die Reichsregierung telegraphisch übermittelt. Man nimmt in bayerischen Parlamentskreisen an, daß eine Kabinettsitzung der Reichsregierung zu diesen Vorklären Stellung nehmen wird, und daß in der Sitzung des Überwachungsausschusses des Reichstages darüber die Entscheidung fällt. In Kreisen der Koalitionsparteien hofft



man, daß die Reichsregierung den bayerischen Ausgleichsvorschlag im Interesse der Verständigung und der Versöhnung annehmen werde. Bis Mittwoch, an welchem Tage der Landtag wieder zusammentritt, hofft man, die notwendige Klärung herbeigeführt zu sehen. Die zukünftige Regierungscoalition in Bayern dürfte künftig voraussichtlich nur aus der Bayerischen Volkspartei (Zentrum), aus den Demokraten und aus dem Bayerischen Bauernbund, vielleicht mit Inzuehung der Sozialdemokraten, bestehen. Der drohende Bruch mit der Reichsregierung erscheint also nach dem Willen der Landtagsmehrheit vermieden. Sie ist grundsätzlich zu dem Entgegenkommen bereit, dem Belagerungszustand aufzuheben, wobei sie annimmt, daß ihr hierfür die Reichsregierung in der Handhabung der Ausnahmeverordnungen ein Stück entgegenkommt.

Das bayerische Zentrum und der Rücktritt Kahrs.

München. Ueber die Lage in München löst sich mit Vorbehalt folgendes sagen: Die Bayerische Volkspartei hatte nicht geglaubt, daß Ministerpräsident v. Kahr aus ihrer von ihm abweichenden Stellungnahme die Konsequenz seines Rücktritts ziehen werde. Sie ist davon sehr überrascht worden. Angesichts der Stimmung im Lande und der Vegetierung für Kahr, die gerade durch seine Verderrückung seitens der Bayerischen Volkspartei größtenteils hervorgerufen wurde, fürchtet die Partei Erschütterungen besonders für sich selbst, um so mehr, als die deutschnationale Partei, deren Organe mit hemmungsloser Leidenschaftlichkeit jede Verständigung mit Berlin zu verhindern und es zur Katastrophe zu treiben sucht, jedenfalls alle ihre Kräfte zu einem großen Fischzug auswerfen wird.

Das bayerische Gesamtkabinett zurückgetreten.

München. Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung nach Besprechung der Lage seinen Rücktritt beschlossen. Nach der Verfassung führen die Minister bis zur Einsetzung eines neuen Ministeriums die Geschäfte fort. Der Landtag wird sofort einberufen werden.

Sitzung des Reichskabinetts.

Montagnachmittag fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der man sich mit dem Konflikt Berlin-München befaßt hat.

Elektrizitätsstreik in Berlin.

Straßenverkehr und Geschäftsleben stillgelegt. Berlin, 12. September.

Mit der Möglichkeit, die wir in Berlin nun leider schon gemohnt sind, ist wieder einmal ein Streik der Elektrizitätsarbeiter ausgebrochen. Was das in der Millionenstadt besagen will, haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten schon erfahren müssen. Die Gasarbeiter haben sich den elektrischen Arbeitern sofort angeschlossen. Der Betrieb der Elektrizitätswerke ruht vollständig, obwohl die Arbeiter anwesend sind, weil auch die Maschinenmeister zu den Ausständigen gehören. Die Gasversorgung konnte noch aufrechterhalten werden, weil Vorräte in den Gasometern vorhanden sind. Singsen machen sich bereits Schwierigkeiten auf den Fernsprekämtern bemerkbar, die für längere Zeit auf die Zuführung von elektrischem Strom nicht verzichten können. Eine große Anzahl industrieller Firmen, die auf elektrischen Strom von den städtischen Werken angewiesen sind, liegen schon still. Auf dem Osthafen floden die Geschäfte. Der Straßenbahnverkehr ist besonders im Zentrum der Stadt fast vollständig brachgelegt. Einige Straßenbahnlinien konnten im Westen aufrechterhalten werden. Die Untergrundbahn verläuft über eine eigene elektrische Zentrale. Sie verkehrt deshalb weiter, natürlich unter lebensgefährlichem Andrang. Die Autobusse wurden gestoppt. Die Straßenbeleuchtung dürfte am Abend größtenteils ausfallen, sowohl wo elektrisches Licht vorgegeben ist wie auch für Gaslicht. Eine Menge von Industriestromen, die nicht eigene Kraftwerke haben, mußten schließen.